



## Sitzungs-Vorlage

Amt / Aktenzeichen I/10 /	öffentlich	Vorlage 2009/233	Datum 15.12.2009
------------------------------	------------	---------------------	---------------------

BERATUNGSFOLGE					
Gremium	Termin	EST	Beratungsergebnis		
			Ja	Nein	Enth.
Umwelt- und Planungsausschuss	15.12.2009				

### Gründung einer Bürgerenergiegesellschaft Ostbevern

#### **Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt, die Aufstellung eines Klimaschutzkonzeptes weiter zu verfolgen und zu gegebenem Zeitpunkt vorzustellen. Die Gründung einer Bürgerenergiegesellschaft soll dabei geprüft werden.

#### **Haushaltsrechtliche Auswirkungen:**

Die Aufstellung eines Klimaschutzkonzeptes ist im Entwurf des Haushaltsplanes mit 50.000 € vorgesehen. Eine Bundesförderung bis 80 % steht in Aussicht.

#### **Folgekosten:**

Noch nicht benennbar.

#### **Gleichstellung:**

Es werden gleichstellungsrelevante Fragen tangiert.

ja  nein [  ]

#### **Sachdarstellung:**

Der Rat der Gemeinde Ostbevern hat in seiner Sitzung am 26.11.2009 folgenden Beschluss gefasst:

Die Verwaltung wird beauftragt, für die Sitzung des Umwelt- und Planungsausschusses am 15.12.2009

1. eine Übersicht über die für Photovoltaikanlagen geeigneten Dachflächen von öffentlichen Gebäuden zu erstellen.
2. durch den Wirtschaftsförderer sondieren zu lassen, ob auch in Ostbevern Interesse an der Gründung einer „Bürgerenergiegesellschaft“ besteht. Dabei sollte auch nachgefragt werden, ob private Hausbesitzer bereit sind, ihre Dachflächen in die Gesellschaft einzubringen.

#### zu 1: Kommunale Dachflächen

Bereits 2002 hatte die Gemeinde der Lokalen Agenda 21 Dachflächen der Josef-Annegarn-Schule für eine PV-Nutzung zur Verfügung gestellt. Die LA 21 installierte seinerzeit darauf als erste öffentliche Dachfläche eine PV-Anlage mit einer Leistung von 5 kWp.

Im Jahre 2005 folgte ebenfalls durch die LA 21 eine weitere PV-Anlage auf dem Dach des Vereinsgebäudes am BEVERSTADION mit rd. 20 kWp.

Aus Gründen des Steuer- und Vereinsrechtes kann die LA 21 keine weiteren PV-Anlagen in ihrem Namen installieren.

Ebenfalls in 2005 hat die Gemeinde die Dachflächen des Bauhofes und des Betriebsgebäudes der Kläranlage öffentlich zur Vermietung angeboten. Es stellte sich dabei allerdings heraus, dass das Dach des Bauhofes mit asbestzementhaltigen Platten belegt ist, was die Bestückung mit PV-Modulen gesetzlich verbietet.

Die Belegung der Dachfläche an der Kläranlage erwies sich durch die unvorteilhafte Ausrichtung und des geringen Flächenpotentials für Investoren als unwirtschaftlich.

In diesem Jahr, bedingt durch das „Erneuerbare Energien Gesetz“ (EEG) und durch die deshalb gestiegene Nachfrage an PV-Anlagen, hat die Gemeinde die Dachfläche des Erweiterungsbaues der Josef-Annegarn-Schule für die Installation einer weiteren PV-Anlage vermieten können. Ein entsprechender Beschluss des Rates erfolgte in der Sitzung am 08.10.2009. Die 30 kWp-Anlage wird zurzeit installiert.

Für das Dach der Ambrosius-Grundschule liegt der Verwaltung inzwischen eine Bewerbung aus dem Bieterkreis der zuvor genannten Anlage vor. Die Größenordnung der Anlage liegt bei 30 kWp. Die Verwaltung wartet auf die Vorlage des Stückungskonzeptes des Bewerbers.

Als weitere potentielle öffentliche Dachflächen für die Belegung von PV-Anlagen kommen folgende Gebäude in Betracht:

<b>Gebäude</b>	<b>Anlagen-Größe</b>	<b>Bemerkungen</b>
Josef-Annegarn-Sch. Fläche III. OG	ca. 5-8 kWp	nach Dachsanierung in 2010
Josef-Annegarn-Sch. Fläche II. OG	ca. 5 kWp	nach Dachsanierung in 2010
Josef-Annegarn-Sch. Turnhalle	ca.10-15 kWp	nach Dachsanierung in 2010
BEVERSTADION, Ergänzung	ca. 15 kWp	
Optionale Dachflächen nach weiterer Planung:		
Alte Schule Brock		
Feuerwehrgebäude		
Rathaus Neubau		
Mensa JAS		

## Zu 2: Gründung einer Bürgerenergiegesellschaft

Die Verwaltung hat in einem Vorgespräch mit der Vereinigten Volksbank Telgte sondieren können, dass analog zu Vereinbarungen in anderen Kommunen seitens der Volksbank generell Bereitschaft besteht, auch in Ostbevern bei der Gründung einer Bürgerenergiegesellschaft als Genossenschaft behilflich zu sein.

Nach Ansicht der Verwaltung sollte eine solche Gesellschaftsform jedoch im Rahmen eines Gesamtkonzeptes eingebettet sein.

Sie schlägt daher zu den Haushaltsberatungen vor, ab 2010 die Aufstellung eines Klimaschutzkonzeptes vorzusehen. In dieses Konzept könnten dann nach weiteren Beratungen und Überlegungen im Rahmen eines Netzwerkes u. a. auch private Dachflächen für PV-Installationen eingebracht werden.

Weitere Informationen dazu werden in der Sitzung vorgestellt.

---

Bürgermeister

Fachbereichsleiter

Sachbearbeiter

---